

Mainz, den 2. Oktober 2026

Zum heutigen Tag des Flüchtlings, dem Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober und dem Abschluss der Interkulturellen Woche am 4. Oktober 2026 erklärt der Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz:

Die derzeitige restriktive Asylpolitik reduziert nicht die Zahl der Flüchtlinge weltweit - die mit etwa 120 Millionen Menschen so hoch ist wie fast niemals zuvor -, sondern lediglich die Zahl der Flüchtlinge in Europa, in Deutschland und in Rheinland-Pfalz.

Erreicht wird diese Reduzierung - auf die nicht nur rechtsextreme, sondern bedauerlicherweise auch Politiker*innen demokratischer Parteien stolz sind -, u.a. durch ...

- ... Abkommen mit Transitstaaten außerhalb der Europäischen Union, deren brutale Migrationsvermeidungspraktiken mindestens billigend in Kauf genommen werden;
- ... das europäische Ausfinanzieren z.B. der sogenannten libyschen Küstenwache, die in Wahrheit als „Push-Back-Einheit“ fungiert, und das Unterlassen eigener Seenotrettung;
- ... Zäune, Mauern und die haftähnliche Unterbringung von Schutzsuchenden an den Außengrenzen der EU;
- ... Binnengrenzkontrollen und beschleunigte Asylverfahren ohne vorherige unabhängige Beratung und ohne ausreichenden Rechtsschutz;
- ... monate- oder gar jahrelange Unterbringung von Schutzsuchenden an Orten der Isolation wie Erstaufnahmeeinrichtungen oder sogenannten „Sekundärmigrationszentren“;
- ... Wohnsitzauflagen, Arbeitsverbote, diskriminierende Bezahlkarten und eine eingeschränkte medizinische Versorgung;
- ... die Verweigerung von Duldungen und die Kürzung bzw. Streichung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die gegenüber den regulären Sozialleistungen ohnehin deutlich abgesenkt sind;
- ... Widerrufsverfahren gegenüber Menschen, die vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland geflohen sind und deren Schutz nunmehr, obwohl sie seit vielen Jahren hier leben und arbeiten, aufgekündigt werden soll;
- ... die Abschiebung von Menschen, die damit der konkreten Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt werden und nur durch die Kooperation mit Terrorregimen realisiert werden können.

Alles das sind Maßnahmen, die - spätestens nachdem das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2012 der migrationspolitischen Relativierung der Menschenwürde eine klare Absage erteilt hat - auf den entschiedenen Widerspruch aller Demokrat*innen treffen müssten.

Denn nach Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes ist die „Würde des Menschen unantastbar“ und es Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, sie „zu achten und zu schützen“. Zu den „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft“ hat sich in Artikel 1 Absatz 2 des Grundgesetzes im Übrigen auch das „deutsche Volk“ bekannt, das Rechtsaußen immer wieder beschwört und sich angeblich „zurückholen“ will.

Zugleich müsste es auf den entschiedenen Widerspruch all derer treffen, die mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Rheinland-Pfalz' zurecht die Demografie als „*Mutter vieler Probleme*“ ausmachen und in einer menschenrechtsorientierten Asylpolitik einen wichtigen Lösungsansatz sehen.

Denn weil in Deutschland und Rheinland-Pfalz,

- Menschen jenseits des Rentenalters immer mehr und immer älter werden, während die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter zurückgeht und
- der Bedarf der alternden Bevölkerung an Pflege, Gesundheitsfürsorge, Mobilitätssicherung und Alltagsbewältigung absehbar weiter zunehmen wird,

sind sie dringend auf Einwanderung angewiesen.

De facto aber wären Deutschland und Rheinland-Pfalz ohne die Aufnahme von Flüchtlingen längst keine Einwanderungsländer mehr, sondern Auswanderungsländer.

Dabei zeigt die Erfahrung mit der Aufnahme von bundesweit mehr als einer Million Schutzsuchenden rund um den „*Sommer der Solidarität*“ des Jahres 2015 beispielhaft, dass alle Seiten von einer menschenrechtsorientierten Asylpolitik profitieren: Hunderttausende Menschen, die damals vor Krieg, Verfolgung oder Perspektivlosigkeit flohen, sind heute Teil der Gesellschaft. Sie arbeiten in Betrieben, leisten in Krankenhäusern und Pflegeheimen unverzichtbare Dienste, haben Ausbildungen abgeschlossen, Unternehmen gegründet oder ein Studium absolviert. Sie sind Kolleg*innen, Nachbar*innen, Freund*innen oder Mitschüler*innen geworden. Und um wie vieles erfolgreicher hätte diese Erfolgsgeschichte noch sein können, wenn der „*Sommer der Solidarität*“ fortbestanden und nicht durch einen „*flüchtlingspolitischen Herbst und Winter*“ abgelöst worden wäre?

Es ist deshalb wichtig, immer wieder in Erinnerung zu rufen: eine humanitäre Asylpolitik ist eine menschenrechtliche Verpflichtung, die zudem im Einklang und nicht im Widerspruch zu den Interessen Deutschlands und des Landes Rheinland-Pfalz steht.

Und deshalb ist es gut, dass u.a. auch diese Überzeugung während der am Sonntag zu Ende gehenden Interkulturelle Woche gestärkt und befördert wurde, bei der nach Informationen des koordinierenden „*Ökumenischen Vorbereitungsausschusses*“ bundesweit in über 750 Städten und Gemeinden rund 6.000 Veranstaltungen für Demokratie, für Menschenrechte, für Solidarität und gesellschaftliche Vielfalt und nicht zuletzt für einen humanitären Umgang mit Flüchtlingen und anderen Menschen in Not stattgefunden haben.

Der Initiativausschuss begrüßt dabei insbesondere auch die große rheinland-pfälzische Beteiligung. Das Spektrum der hierzulande angebotenen Veranstaltungen reichte von Einzelveranstaltungen bis zu umfangreichen Veranstaltungsprogrammen mit Stadtführungen, Diskussionsveranstaltungen, Konzerten, Lesungen und Ausstellungen, interaktiven Begegnungsformaten und Stadtteilstesten.

Nach Kenntnis des Initiativausschusses gab es landesweit über 350 solcher Veranstaltungen in mindestens 20 Landkreisen, Städte und Gemeinden.

gez. Torsten Jäger, Geschäftsführer